

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 30 – Familienzentren

Dazu sagt die kinderpolitische Sprecherin
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 430.07 / 11.10.2007

Familienzentren – eine Investition in die Zukunft

Wenn wir über Familienpolitik diskutieren, muss es um die Frage gehen, wie wir Eltern und Kindern die beste Unterstützung geben können. Wie wir diejenigen erreichen können, die bislang keine Hilfsangebote in Anspruch nehmen – obwohl sie diese bräuchten. Und wie wir denjenigen, die Hilfsangebote annehmen, helfen können, Hilfe möglichst aus einer Hand zu erhalten. Hierfür ist die Weiterentwicklung von Kindertagesstätten zu Familienzentren eine große Chance.

Wer den Alltag von Kindertagesstätten kennt, weiß, dass sie ein Ort sind, dem Kinder und Eltern vertrauen. Sie sind selbstverständlicher Lebensmittelpunkt der Kinder, Anlaufstelle und Entlastung für Mütter und Väter. Sie bieten die Möglichkeit, andere Eltern kennen zu lernen und mit dem pädagogischen Personal Erziehungsfragen zu besprechen. Kindertagesstätten erreichen fast alle Eltern. Zirka 90 Prozent aller Kinder besuchen die Kindertagesstätte, so der neue Kinder- und Jugendbericht. Kindertagesstätten sind also ein guter Ort, um Hilfsangebote niedrigschwellig zu bündeln.

Viele Kindertagesstätten wollen mehr sein, als ein Ort für Kinder weil sie merken, dass Eltern mehr brauchen als eine „Betreuungseinrichtung“ für ihr Kind. Und haben Kindertagesstätten erst einmal damit begonnen, ihre Türen und Fenster weit auf zu machen - sich also für die ganze Familien zu öffnen - so stellen sie schnell fest, dass der Bedarf der Eltern für Hilfe aus einer Hand enorm groß ist. Wenn die Türen offen stehen, im Wortsinn und im übertragenen Sinn, suchen Eltern das Gespräch und oft genug auch konkrete Hilfe in schwierigen Lebenslagen. Ob Klönecke oder Kochkurs, ob Erziehungsberatung oder Sprachtherapie – wenn Kindertagesstätten diese Angebote vorhalten, werden sie gerne angenommen.

Doch für die Umsetzung von kreativen Ideen und vernetzten Angeboten braucht es neben der vorhandenen Kompetenz vor allem Arbeitszeit, um diese neuen Konzepte auch umsetzen zu können. Das war eines der zentralen Ergebnisse unserer Anhörung im Sozial- und Bildungsausschuss. Die Kindertagesstätten wollen sich weiter entwickeln, und alle, die sich bereits auf dem Weg hin zu Familienzentren gemacht haben, berichten, dass sie dafür mehr Unterstützung brauchen als für den Normalbetrieb einer Kindertagesstätte.

Deshalb greift der Antrag von CDU und SPD zu kurz und geht am eigentlich Notwendigen vorbei. Es reicht nicht aus, Familienzentren durch Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, sondern wir brauchen ein landesweites Konzept mit unterschiedlichen Bausteinen für die Regionen. Nordrhein-Westfalen hat gezeigt, welche Dynamik entsteht, wenn sich die Landesregierung um eine Weiterentwicklung der Kindertagesstätten kümmert! Wir bedauern es, dass sich CDU und SPD im Schleswig-Holsteinischen Landtag dazu nicht haben durchringen können – trotz Fachanhörung, die das Anliegen unseres Antrages voll unterstützt hat.

Ich möchte noch einmal betonen, dass unser Antrag nicht automatisch zu Mehrausgaben geführt hätte. Er hätte dazu führen sollen, erst einmal bestehende Maßnahmen zu überprüfen, mit dem Ziel, sie zu bündeln und Synergieeffekte zu erzielen. Land, Kreise und Kommunen halten bereits eine Vielzahl von Unterstützungsangeboten vor. Von der Erziehungsberatung bis zum Jugendamt, von der Familienbildung bis zur Frühförderung. Ziel unseres Antrages war es, ein Konzept zu entwickeln, um Hilfsangebote zu bündeln und niedrigschwellig anzubieten. Gerade Eltern, die sich in diesem vielfältigen Hilfesystem nicht zurechtfinden, oder die nicht die Kraft haben, sich Hilfe zu organisieren, brauchen Hilfsangebote unter einem Dach!

Ich bedauere, dass die Landesregierung nicht bereit ist, hier weitere Schritte zu gehen.
